



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes**
und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 12 04 wird der Ansatz im Tit. 547 75 (Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, insbesondere Klimapolitik, -dialog und allgemeine Klimaforschung) von 3.844,1 Tsd. Euro um 3.844,1 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

Der Haushaltsvermerk wird gestrichen.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushalts 2023 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Der verwaltungstechnische Aufwand in Form von staatlich beförderter Klimaforschung, die Wahrnehmung von Klimadialoge durch Behörden, wissenschaftlichen Erhebungen, Ausschreibungen von Preisen und die Aufrechterhaltung klimapolitischer Institutionen, steht in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen. Auch der Gedanke an die Herstellung eines sogenannten wirtschaftlich klimaneutralen Zustandes bis zum Jahr 2050 ist nicht nur illusorisch, sondern auch in seiner gesellschaftlichen Wirkung ein verheerendes Fehlsignal.

Denn sogenannte Klimaneutralität ist ohne Kompensationsmaßnahmen, die nichts weiter bewirken als eine Quellverschiebung von Emissionen oder aber langfristig betrachtet CO₂ - unwirksame Ersatzmaßnahmen, nicht umsetzbar. Deshalb muss ein Umweltschutz betrieben werden, der darauf abzielt, globale Emissionen zu verringern. Durch den umwelttechnischen Effizienzvorteil heimischer Wirtschaftszweige ist es global betrachtet daher am besten, wenn möglichst viel in Bayern produziert wird, wo weltweit die höchsten Umweltstandards gelten. Dieser Effizienzvorteil muss durch weitere Forschungsvorhaben im Landwirtschafts- und Energiesektor begleitet werden, um modernes, ressourcensparendes Wirtschaften zu etablieren, das Arbeitsplätze sichert und die Umwelt schont.

Durch regionale Wirtschaftsstrategien und verkürzte Transportwege bleibt der Wohlstand in der Heimat gesichert und es können Umweltschäden durch die Verkürzung interkontinentaler Transportrouten vermieden werden. Der Freistaat ist seinen Bürgern und der heimischen Umwelt gegenüber verpflichtet, beides zu erhalten, die Lebensgrundlagen seiner Bevölkerung und die Schönheit seiner Landschaft. Deshalb ist es nötig, begrenzte Ressourcen dort einzubringen, wo sie den größten Nutzen entfalten und das sind Investitionen in die ressourcenschonende regionale Wirtschaft, emissions-sparende Infrastruktur und in die Forschung energetischer Zukunftstechnologien.